

Artikel

Deutliche Vorbehalte gegen Reform im Bistum Fulda

Ein Brief und seine Folgen/Sorge um Einheit der Diözese

Von Stefan Toepfer

Fulda. Die Nachwirkungen der Auseinandersetzung um die Strukturreform im Bistum Fulda, den "Pastoralen Prozeß", in den Tagen vor Ostern sind noch deutlich zu spüren: Betroffene Pfarrer wollen - oder wie andere vermuten: dürfen - nichts mehr sagen oder mögen sich nur äußern, wenn sie anonym bleiben. Das Klima im Bistum - zumindest in Fulda selbst und im nicht weit entfernten Dekanat Geisa, in dem der Streit seinen Anfang nahm - scheint nachhaltig gestört.

Immerhin halten die für den Reformprozeß mitverantwortlichen Domkapitulare, der Leiter des Seelsorgeamts, Rudolf Hofmann, sowie der Bischofsvikar und Personalreferent, Gerhard Stanke, eine Mahnung für erforderlich: Bei aller Kritik an der von Bischof Heinz Josef Algermisen eingeleiteten Reform gelte es, die Einheit der Diözese nicht aus den Augen zu verlieren. Deutlicher kann man in der katholischen Kirche auf Kritik kaum reagieren - die Einheit ist ein zu hohes Gut, ebenso wie die Gemeinschaft mit dem Garanten der Einheit, dem Bischof. Bischof Algermisen hatte bald nach seinem Amtsantritt im September 2001 angesichts schwindender Gläubigen- und Priesterzahlen von der Notwendigkeit einer Reform gesprochen und von verbindlichen Kooperationen zwischen den Gemeinden. Die Pläne nehmen immer mehr Gestalt an - und der Protest gegen sie auch. Gegen die Idee, Pfarrverbände zu bilden und in ihnen die Seelsorge neu zu ordnen, haben Pfarrer Uwe Winkel und Mitglieder seiner drei Gemeinden Geismar, Spahl und Ketten protestiert. Die Einführung der Verbände könne zur Auflösung des eigentlichen pfarrlichen Lebens führen. Eine Pfarrei brauche einen eigenen Pfarrer. Mit dem Priestermangel könne nicht argumentiert werden, solange es noch etliche Pfarrer gebe, die kleine Gemeinden hätten, heißt es in dem offenen Brief weiter. Außerdem könne man ausländische Priester einstellen. Überdies gebe es bereits eine "gedeihliche Zusammenarbeit" über Pfarrei- und Dekanatsgrenzen hinaus. Der Streit hatte in der örtlichen Presse hohe Wellen geschlagen. Mit einer Zusammenfassung hat sich auch das als konservativ geltende "Netzwerk katholischer Priester", dem Winkel angehört, zu Wort gemeldet. Zu Spekulationen, das Netzwerk könnte gar hinter dem Protest stehen, könne er nichts sagen, so Bistumssprecher Christof Ohnesorge. Winkel möchte inzwischen zu dem Streit keine Stellung mehr nehmen. Daß ihm von der Diözese ein Redeverbot erteilt worden sei, weist Ohnesorge zurück. Wie Winkel, so möchte auch der Vizedechant des Dekanats Geisa, Uwe Hahner, eigentlich nur noch schweigen, sagt aber dann doch, daß er den "Alleingang" Winkels für falsch halte. Es sei "bedauerlich", wenn dadurch Emotionen geschürt würden. Hahner ist Teil einer weiteren Verwicklung des Streits: Er war einem Vorschlag des Dechanten Hubert Brähler gefolgt und hatte in einer "Erklärung der Priesterschaft des Dekanats Geisa" zu der Auseinandersetzung öffentlich Stellung genommen, die Art des Protests kritisiert und die Einheit mit dem Bischof betont. Außerdem sei die Diskussion ungeeignet, "längst überwundene Ost-West-Gegensätze neu heraufzubeschwören". Das Dekanat Geisa wurde bis zur Wende von Erfurt aus verwaltet. Sechs Priester des Dekanats hatten sich durch diese Erklärung aber vereinnahmt gefühlt, weil sie vor deren Abfassung nicht gefragt worden seien. "Wir stehen zum Bischof, haben aber unsere Bedenken vorgebracht", sagt einer von ihnen, der seinen Namen nicht nennen will. Ein anderer, Jan Kozaczka, wird deutlicher: Mit den Reformplänen wachse die Bürokratie, außerdem sei es nicht gut, wenn Priester in einem ganzen Verbund eingesetzt würden. "Es wird immer davon geredet, daß es weniger Priester, Gläubige und Geld gebe. Aber kaum davon, was zu tun ist, damit die Menschen wieder zur Kirche zurückkommen." Ein Dritter sagt, er habe einen geistlichen Auftrag und sehe seine Aufgabe nicht darin, die Reformpläne zu kommentieren. Als sei jener Prozeß nicht auch eine geistliche Herausforderung für das Bistum. Hofmann und Stanke ist neben ihrem Einheitsappell daran gelegen, den wichtigsten Vorwurf in Winkels Brief zu entkräften: Anders als dort vermutet, werde künftig für jede Pfarrei ein Priester als Seelsorger zuständig sein. Damit sei der Behauptung, der "Pastorale Prozeß" könne zur praktischen Auflösung des pfarrlichen Lebens führen, der Boden entzogen. "Damit sind die Ängste, die unberechtigterweise - auch von Geistlichen - geschürt werden, unbegründet", heißt es in dem Schreiben. In anderen Gegenden des Bistums wird der Reformprozeß anders, nämlich offensiver angegangen - etwa in Hanau. Norbert Zwergel, Dechant von Hanau und Regionaldechant der Region Main-Kinzig, sagt: "Die Einsicht ist da, daß alle an einem Strang ziehen müssen." In der Kirche von Hanau herrsche eine "nüchterne Aufbruchstimmung". Eines werde künftig jedenfalls deutlich werden, prognostiziert Zwergel: der Unterschied zwischen Gemeinden, in denen sich sehr viele Menschen engagierten, und denjenigen, in denen dies nicht der Fall sei.